

VORWORT

Josef Kleindiensts Kommentar zum Gewerkschaftsskandal.....3

SO-NICHT

ChefInsp. PAIL verurteilt.....4

TITELGESCHICHTE

Der Gewerkschaftsskandal Fakten und Hintergründe zur Verschwendungssucht rot/schwarzer Gewerkschafter von Michael Kreißl.....5

KARIKATUR

von Michi.....6

LESESWERT

Pensionsreform: Nicht überbietbare Polemik der FSG von Michael Kreißl.....11

IMPRESSUM:

Eigentümer, Verleger, Hersteller und Herausgeber:

Aktionsgemeinschaft Unabhängiger und Freiheitlicher (AUF) Bartensteingasse 14, 1010 Wien Offenlegung nach dem Mediengesetz, Folgenummer 298, 10. Jahrgang

Medieninhaber:

Aktionsgemeinschaft Unabhängiger und Freiheitlicher (AUF), zu 100 % vertreten durch den Bundesvorstand. Die AUF-Info dient der Information im öffentlichen Dienst stehender Beschäftigter Erscheinungsort: Wien Verlagspostamt: 1010 Wien DVR-Nr. 0557617



AUF-JOURNALDIENST

rund um die Uhr: 0663 / 920 40 99

Hinterste Reihe:

Michael Kreißl, Tel.: (01) 53 1 26-4772 oder 0664 / 381 86 68 Josef Kleindienst, Tel.: (01) 53 1 26-4774 oder 0663 / 912 82 74 Mittlere Reihe: Franz Stavik, Tel.: (01) 53 1 26-4772 oder 0663 / 972 60 39

Horst Binder:

Tel.: (01) 53 1 26-4773 oder 0663 / 82 40 62 Vorderste Reihe: Helmut Schmal, Tel.: (01) 53 1 26-4771 oder 0663 / 922 64 96 Heinz Laussermayer, Tel.: (01) 53 1 26-4770 oder 0663 / 920 40 99

Einsenden an: AUF (Aktionsgemeinschaft Unabhängiger und Freiheitlicher) Bartensteingasse 14/9 1010 Wien Tel.: 01 406 75 15 FAX: DW 23



AUF-UHR

Ab sofort zum Preis von ÖS 598.-, zzgl. ÖS 70.- an Nachnahmegebühren zu bestellen!

Hiermit bestelle ich _____ Stk.

Vor/Zuname: _____

Straße: _____

PLZ/ORT: _____

Tel.: _____

Datum, Unterschrift: _____

Skandale & Kurzsichtigkeiten

Der durchschnittliche Mitgliedsbeitrag für einen Exekutivbeamten an seine Gewerkschaft beträgt pro Jahr ca. S 2.000,-. Bei 25.000 Exekutivbeamten macht das ca. 50 Millionen, die die GÖD jährlich über die Mitgliedsbeiträgen einnimmt. Eine Summe, die in jedem Unternehmen strengen Kontrollen und Prüfungen unterliegen würde. Nicht so bei der GÖD, die nicht bereit ist, eine genaue Aufstellung zu veröffentlichen. Ob es dafür wohl einen Grund gibt? Sicher ist, das ein großer Teil des Geldes in die Hände von Funktionären und sonstigem Personal wandert. Doch scheinen diese undurchsichtigen 50 Millionen noch nicht genug zu sein. Werden nun auch noch Gelder der BPD-Wien angezapft um 400 Quadratmeter Büroflächen - zu einem Preis von S 90.000,- monat-

lich - anzumieten und für eine Million Schilling einzurichten. Man muß nicht einmal ein geschulter Beobachter von Staatswillkür



Josef Kleindienst

sein, um zu erkennen, das es sich hier um einen Gewerkschaftsskandal handelt, der in Frechheit kaum zu überbieten ist.

Diese Beiträge für eine Schar roter und schwarzer Gewerkschaftsbözen aufzubringen, die zugleich FA und ZA besetzen, ist wohl einer der größten Skandale, die sich diese Herren in der letzten Zeit erlaubt haben. Wenn Du Dich nun fragst, warum noch immer zu wenig oder keine BAKS-Geräte vorhanden sind, Stkw nicht rasch genug angekauft werden, Einrichtung fehlt oder RMS nicht vorhanden sind, dann bedanke Dich bei „Deiner Polizeigewerkschaft der GÖD“.

Sinnlose Pensionsreform

Die Kurzsichtigkeit rot/schwarzer Gewerkschafter zeigt sich auch in ihrer Haltung gegenüber der

Pensionsreform, die - wie Experten bereits während den Verhandlungen feststellten - schon heute nicht mehr zeitgemäß ist und bald wieder neu erörtert werden muß. Nur weil der einzig vernünftige und durchführbare Vorschlag für eine gerechte und gesicherte Altersvorsorge von der AUF und FPÖ vorgestellt wurde, wird er von parteitreuen Gewerkschaftern nicht nur abgelehnt sondern auch falsch interpretiert. Ein Beweis mehr, wie engstirnig und borniert FSG- und FCG-Mandatare mit ihrer Verantwortung gegenüber ihren Mitgliedern umgehen. Der eigene Vorteil steht im Vordergrund - von Anliegen jüngerer Exekutivbeamter will man „oben“ nichts wissen. Höchste Zeit, daß dieser Verein endlich von einer neuen Exekutivgewerkschaft abgelöst wird.

Widerruf

Die Aktionsgemeinschaft Unabhängiger und Freiheitlicher (AUF) registrierter Verein, als beklagte Partei widerruft gegenüber den Klägern, Franz PAIL, Polizeibeamter und Adolf VOIGT, Polizeibeamter, die Behauptung:

Sie hätten als Mitglieder, nämlich Vorsitzender und Stellvertreter des Vorsitzenden des Zentralausschusses der Sicherheitswache beim Bundesministerium für Inneres eine Absicht, den Gruppendienst bei der Sicherheitswache

abzuschaffen und durch ein für die Sicherheitsbeamten ungünstigeres Dienstsysteem zu ersetzen, bei einer Besprechung im Bundesministerium für Inneres oder bei welcher Gelegenheit oder zu welchem Zeitpunkt sonst immer, zugestimmt

oder nicht widersprochen und sie hätten in einem solchen Zusammenhang ihre Entschlossenheit erklärt, daß vor der damals bevorstehenden und inzwischen am 29. und 30. 11. 1995 stattgefundenen Personalvertretungswahl diese

Pläne unbedingt geheimgehalten werden müßten, da sonst die AUF möglicherweise so stark werde, daß die für diese Änderungen notwendigen Mandatsmehrheit von FSG und FCG im Zentralausschuß nicht mehr erbracht werden könne:

Die beklagte Partei, widerruft gegenüber dem Erstkläger folgende Behauptungen:

Er habe in dem im vorigen Punkt 1 angegebenen Zusammenhang oder wo oder wann immer geäußert, daß bei Realisierung dieser Maßnahmen in der Kollegenschaft der Bär los sein werde, aber er (der Erstkläger) müsse sich halt der

Partei beugen; irgendwelche Vorteile des neuen Systems würden sich schon erfinden lassen und in vier Jahren bei der nächsten Personalvertretungswahl werde ohnehin kein Mensch darüber reden (Seite 5 und 7), wenn die Auf den

Braten rieche und vor der Personalvertretungswahl noch einen medialen Wirbel machen sollte, könnten allerdings FSG (Fraktion sozialdemokratischer Gewerkschafter) und FCG (Fraktion christlicher Gewerkschafter) abdanken, dann

wäre mangels notwendiger Mehrheiten im Zentralausschuß das ganze Projekt zumindest für das nächste Jahr gestorben und noch viel ärger, FSG und FCG weg vom Fenster (Seite 8);

Die beklagte Partei, widerruft gegenüber dem Zweitkläger folgende Behauptungen:

Er habe im Zusammenhang gemäß obigen Punkt 1 oder wo oder wann immer geäußert, er habe auch schon mit seiner Partei (ÖVP) Rücksprache gehalten und sei von

dieser zur Zustimmung zu derartigen Plänen aufgefordert worden (Seite 5) und unter Bezugnahme auf die Absicht, den (sinngemäß) Probelauf für die allgemeine Ände-

rung des Dienstsystems als eine einmalige begrenzte Maßnahme für Polizeischüler darzustellen, weiters geäußert, entweder die AUF fresse das oder sie würde

sich bei den Betroffenen erkundigen, wobei jedoch so kurz vor Dienstprüfung den Polizeischülern schon beigebracht werden könne, "was sie wolln"

ChefInsp. PAIL verurteilt

Die Personalvertretungsaufsichtskommission bestätigt die Untätigkeit des ZA-Vorsitzenden

Wie bereits des Öfteren berichtet wurden mit 6. 5. 1997 die Schulwachzimmer im 17. und 22. Bezirk wegrationalisiert.

Am 15. 10. 1996 wurde vom BMI diese Organisationsänderung dem ZA zur Begutachtung vorgelegt. Der Vorsitzende des ZA, ChefInsp. PAIL, kam seiner Verpflichtung, diese Organisationsänderung im ZA zu behandeln nicht nach, wie durch das Urteil der Personalvertretungsaufsichtskommission unter der Zahl A29-PVAK/97 bestätigt wurde.

Durch diese Vorgangsweise des ChefInsp. PAIL kam es zu Benachteiligungen von sich im Ausendienst befindlichen E/2a Beamten der Bezirk 17. und 22. Demgegenüber kam es jedoch zu einer Aufwertung von Planposten im E/2a Bereich des Innendienstes.

Das Verhalten des Vorsitzenden des ZA, ChefInsp. PAIL, zeigt uns einmal mehr, daß die Wählergruppe AUF die einzige Fraktion in der Personalvertretung ist, welche sich für die Anliegen der Außendienstbeamten einsetzt.



AUF-Personalvertreter Didi Hebenstreit vor dem ehemaligen Schulwachzimmer im 17. Bezirk

Für manche Kollegen ist das Beste gerade gut genug

Ein Beispiel purer Verschwendungssucht

Eine Monatsmiete von nicht weniger als S 90.000,- für ein 400 Quadratmeter großes Büro in bester City-Lage und Mobiliar im Wert von 1 Million S leisten sich unsere rot/schwarzen Gewerkschaftskollegen. Alleine dies ist in Zeiten allgemeiner Sparmaßnahmen und den dringend notwendigen sanierungsbedürftigen Wachzimmern eine Frechheit. Die Tatsache, daß diese Summen aus dem Budget der BPD-Wien kommen, macht dies zu einem der größten Skandale in der Gewerkschaftsgeschichte.

Auf Weisung des Innenministers mußte aus Budgetmitteln der BPD-Wien ein First-Class-Büro in einem City-Bürohaus in der Größe von 400 Quadratmeter für die sogenannte „Polizeigewerkschaft“ angemietet werden. Kostenpunkt: S 90.000,- monatlich, exklusive



Wachzimmer geschlossen- Gewerkschaftsbüro eröffnet

Stromkosten. Verständlich, müssen doch die elf in Wien ansässigen Fach- und Zentralausschußmandatäre von SPÖ (Fraktion sozialistischer Gewerkschafter-FSG)

und ÖVP (Fraktion christlicher Gewerkschafter-FCG) standesgemäß residieren. Eigentlich sind es nur zehn. Verwendet doch Zentralausschußmandatar Adolf Vogt

seine Dienstfreistellung für dieses Personalvertretungsgremium mißbräuchlich für seine de facto hauptberufliche Tätigkeit als Wirtschaftsreferent der Gewerkschaft öffentlicher Dienst. Macht für die 10 rot/schwarzen Mandatäre je eine Nutzfläche von 40 Quadratmeter.

Für jeden Mandatar von rot und schwarz eine Nutzfläche von 40 Quadratmetern.

Zur Vorgeschichte: Zu Beginn des Jahres 1997 wurden FSG- und FCG-Personalvertretern des Fachausschusses und des Zentralausschusses mitgeteilt, daß ihr Büro in der Postgasse (auch als Gewerkschaftsbüro verwendet) anderweitig Verwendung finden würde und



Wachzimmer geschlossen- Gewerkschaftsbüro eröffnet

HALLO!
WO GEHTS
IHR DENN
HIN?

UNSER WACHZIMMER
SOLL GESCHLOSSEN
WERDEN. NUN WOLLEN
WIR ZUR "POLIZEI-
GEWERKSCHAFT", UM
ZU INTERVENIEREN

AH SO?
UNSERES SOLL
NÄMLICH AUCH
GESCHLOSSEN WERDEN!
ES IST ANGEBLICH ZU
TEUER IM MONAT!

DAS IST BEI
UNS AUCH DER
GRUND! DER
BEHÖRDE SIND DIE
20.000,- IM MONAT
FÜR UNSER WACHZIMMER
ZUVIEL!

ANGEBLICH
IST DAS
BEI ANDEREN
WACHZIMMERN AUCH
DER FALL!

RICHTIG!
ABER DAS WIRD
UNSERE "POLIZEI-
GEWERKSCHAFT"
SICHER ZU
VERHINDERN
LISSEN!

SCHAU, SCHAU,...
NICHT SCHLECHT,
DIESE ADRESSE,
BIST DU SICHER, DASS
WIR HIER
RICHTIG
SIND?

JA, HIER SIND
WIR RICHTIG!



DER HERR
VORSITZENDE DER
POLIZEI GEWERKSCHAFT
WIRD SIE IN KÜRZE
IN SEINEM NEUEN
BÜRO BEGRÜßEN,
MEINE HERREN..

VORZIMMEK

WILLKOMMEN
IM NEUEN BÜRO
DER
**POLIZEI-
GEWERKSCHAFT**
UM NUR 90.000,-
MONATL.
MIT FREUNDL.
UNTERSTÜTZUNG
DER ÖDP VIEN



Wachzimmer geschlossen- Gewerkschaftsbüro eröffnet

es werde adäquater Ersatz angeboten. Räumlichkeiten am Hubertsdamm (Sitz der Disziplinarkommission) fanden aber ebenso wenig gefallen wie jene in der Polizeidirektion, im ehemaligen Wach-

zimmer Fasangasse oder in der Roßauer-Kaserne. Schließlich ist man ja etwas Besseres und muß entsprechend dies auch eindeutig in optischer Hinsicht unter Beweis stellen. Die Kollegen Pail und Vogt

intervenieren so lange beim Innenminister, bis dieser die entsprechende Weisung zur Anmietung eines externen Büros in einem exklusiven Innenstadtbürohauses geben ließ. Das es sich hier um das Feinste vom Feinen für unsere roten und schwarzen Personalvertreter handelt, beweist die monatliche Miete von S 90.000,- und die rund eine Million Schilling, die darüber hinaus seitens der BPD-Wien bereits in die Einrichtung investiert wurde.

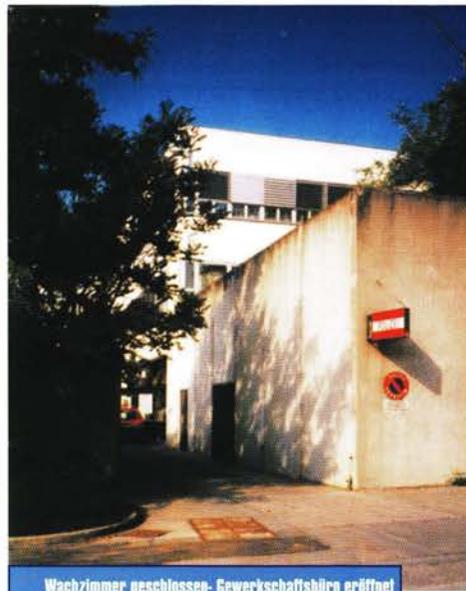
Wachzimmerschließungen auf Kosten des Gewerkschaftsbüros

Hält man die im Jahr 1997 erfolgten finanziellen Einsparungen durch die Wachzimmerschließungen diesem Projekt „Feudalbüro für rote und schwarze Gewerkschafter“ entgegen, so muß der frustrierte Beamte feststellen, daß sein Wachzimmer auf Kosten der Herren Gewerkschaftsbonzen geschlossen werden mußten. Ein kleiner Trost am Rande: Hoffentlich

fühlen sich die Kollegen Pail, Vogt und Konsorten nun in ihrem neuen Domizil wohl, wo jeder Quadratmeter rund S 250 monatlich kostet.

Gewerkschaftsfunktionäre der Koalitionsparteien bei Laune halten – sie könnten sonst noch lästig werden

Auch jene Kolleginnen und Kollegen, welche noch über keine neuen Umkleidekästen oder neues Mobiliar verfügen, sollen getröstet sein. Ein Blick in das neue „Polizeigewerkschaftsbüro“ genügt, um zu sehen, wie schön eine Polizeidienststelle aussehen könnte. Aber eine Million für normale SWB flüssig zu machen, ist nicht im Interesse des Innenministers. Viel wichtiger und von politischer Überlegung auch klüger ist eine alte sozialistische Regierungsweisheit: Halte dir die Gewerkschaftsfunktionäre der Koalitionsparteien mit großzügigen Geschenke bei Laune und du hast von lästigen Forderungen für die Kollegschaft deine Ruhe.



Wachzimmer geschlossen- Gewerkschaftsbüro eröffnet

Die „Gewerkschaftserfolge“ von 1997 – ein Feudalbüro zum eigenen Nutzen

Sieht man sich die „Erfolge“ der sogenannten Polizeigewerkschaft, also der Personalvertreter von FSG und FCG im Fach- und Zentralausschuß 1997 an, so kann man tatsächlich Erstaunliches beobachten. Den negativen Errungenschaften wie Wachzimmerschließungen,

Personalabbau, Pensionskürzungen, Überstundeneinsparungen etc. steht eine einzige wirkliche Leistung gegenüber: Sie haben es sich wieder einmal selbst gerichtet. Kollege Pail beispielsweise hat es geschafft, ein größeres Büro wie jenes des Wiener Polizeipräsidenten zu ergattern. Gut gemacht!

Im Gegensatz dazu muß besonders im Raum Wien auf jene Zeit verwiesen werden, wo die AUF den Vorsitz im Fachausschuß gehabt hat: Renovierungen der Wach-



Wachzimmer geschlossen- Gewerkschaftsbüro eröffnet



Abg.z.NR Dr. Helene Partik Pabik mit Vertretern der AUF bemühte sich intensiv um die Generalrenovierung des Wachzimmers Gersthofstraße

zimmer, Erhöhung der Mindeststände, Erhöhung des Personalstandes, verbesserte Ausrüstung und Ausbildung der Kolleginnen und Kollegen etc. Wir haben die Verantwortung gegenüber aller Kollegen ernst genommen und wir werden es wieder tun.

Michael Kreißl

„Deine ehrliche Interessensvertretung im öffentlichen Dienst“



Aktionsgemeinschaft Unabhängiger und Freiheitlicher

1010 Wien, Bartensteingasse 14/9
 Telefon (01) 406-75-15
 Telefax (01) 406-75-15-23
 Internet: <http://www.fpo.e.or.at/auf/welcome.html>
 e-mail: auf@100ibm.net

90.000 ÖS/Monat für Polizeigewerkschaftsbüro in 1010, Salztorgasse 5



3. STOCK
Trust Consult
Unternehmensberatung Ges.m.b.H.
ECO
Die Erste & Constantia
Beteiligungsfonds AG
ECO Unternehmensbeteiligungs- AG

2. STOCK
Management Trust Holding AG
ECO Trust Holding AG
Trust Invest AG
DUNA Invest Ges.m.b.H.
APIN Invest Holding Ges.m.b.H.

Gemeinsam mit der Trust-Invest AG des
ehemaligen ÖVP-Bundesparteibmannes
Dr. Taus und anderer großer
Kapitalgesellschaften
residiert die FSG und FCG auf Kosten der
Kolleginnen und Kollegen an einer Wiener
Nobeladresse

Pensionsreform: Nicht überbietbare Polemik der FSG

Wer selbst überhaupt nichts mehr zu bieten hat, als es sich selbst entsprechend zu richten, macht - wie uns die Geschichte lehrt - vor allem eines: Er geht in den Angriff über und schlägt wild um sich herum.

So geschehen beim Kapitel Pensionsreform und den AUF-Vorschlägen bezüglich eines Drei-Säulen-Modells. Bekanntlich haben die Gewerkschaftsfunktionäre den Wünschen der Bundesregierung voll entsprochen und einem Pensionsmodell zugestimmt, welches erstens einem eingeteilten SWB mindestens S 4.000 weniger Pension im Monat bringen wird und zweitens bereits jetzt Experten die Meinung vertreten, daß in spätestens 5 Jahren neu verhandelt werden muß.

Das Drei-Säulen-Modell der AUF und der FPÖ - nicht Umlegen sondern Vorsorgen

Wie von zahlreichen Experten vorgeschlagen, wäre der einzige Weg einer langfristigen Sicherung des Pensionssystems ein Kapitaldeckungsverfahren, welches seitens der FPÖ und der AUF auch im Rahmen des Drei-Säulen-Modells der Öffentlichkeit vorgestellt wor-

den ist. Dabei sind alte Verträge für Kolleginnen und Kollegen, die noch ohne Pensionsanspruch sind - in ein Drei-Säulen-Modell einzuführen.

Dabei hat der Staat wie jeder andere Arbeitgeber auch in den Pensionstopf den Arbeitgeberbeitrag zu bezahlen, was insgesamt einen monatlichen Pensionsbeitrag von 23% ergeben würde. Die private Vorsorge ist individuell. Ein Anreiz für die 3. Säule kann durch steuerliche Vorteile geschaffen werden.



Das 3-Säulen-Modell ist die einzige Alternative für eine gesicherte Altersvorsorge

Die jetzige Pensionsreform ist kein dauerhafte Weg sinnvoller Altersvorsorge

Sinnvolle Pensionsvorsorge

staatliche
Grund-
pension

11,5%

Pensionsbeitrag
11.000,-
Wohnlohn

Einzahlung
in die
Pensions-
kasse

11,5%

Pensionsbeitrag
ca. 15.000,-

Private
Vorsorge

steuerfähig

Die Umstellung zum Kapitaldeckungsverfahren könnte zum Beispiel durch Auflösung der milliardenschweren Pensionsrücklagen der Nationalbank erfolgen.

Sinnvolle Alternativen, welche auch langfristig unsere Pensionen sichern, werden von den sozialdemokratischen, aber auch den christlichen Gewerkschaftern falsch interpretiert als Unsinn dargestellt, nur weil sie von den Freiheitlichen kommen. Es fragt sich, wann diese sogenannten Personalvertreter endlich verantwortungsbewußt über die Zukunft der Pensionen, auch der jungen Kolleginnen und Kollegen, nachzudenken beginnen. Platz hätten sie in ihrem neuen Superbüro ja zur Genüge.

Exklusiv for Police und deren Angehörigen



Ein Vergleich von Er- und Ablebensversicherungen, die am häufigsten in Österreich als Pensionsvorsorge angeboten werden.

30jähriger Mann
 Versicherungsbeginn: 01.12.1997, Versicherungsdauer: 30 Jahre,
 Versicherungsende: 01.12.2027, Prämie: 12.000,- jährlich

sortiert nach Vers.Summe	Vers. Summe	Gewinn anteil**	Auszahlungs- summe	Effekt. Ver- zins.
Der Anker	512.600,-	470.600,-	983.421,-	5.88
Bawag*	501.890,-	466.547,-	968.438,-	5.79
Nürnbergger	494.259,-	400.523,-	894.783,-	5.36
Zürich Kosmos	509.424,-	488.171,-	997.596,-	5.95
VJV	510.777,-	370.314,-	881.091,-	5.28
Wr. Städtische*	477.783,-	435.738,-	913.521,-	5.48
Winterthur	493.097,-	449.852,-	942.949,-	5.65
Gothaer	491.967,-	420.160,-	912.127,-	5.47
OeBV*	485.830,-	463.968,-	949.798,-	5.69
Wüstenrot	420.651,-	535.068,-	955.719,-	5.72
Allianz/Ele.*	420.039,-	536.809,-	956.848,-	5.73
Basler*	420.039,-	556.503,-	976.542,-	5.84
Donau	420.039,-	516.244,-	936.283,-	5.61
EA-Generali	420.039,-	476.744,-	896.783,-	5.37
Interunfall*	420.039,-	449.441,-	869.480,-	5.20
Nordst.-Col.*	419.580,-	549.231,-	968.811,-	5.79

* mit ärztlicher Untersuchung

** Da die in künftigen Jahren erzielbaren Überschüsse nicht vorhergesehen werden können, beruhen die Zahlenangaben über die Gewinnbeteiligung auf Schätzungen, denen die gegenwärtigen Verhältnisse zugrunde gelegt sind.

Alle Berechnungen wurden ohne Index durchgeführt!!

Quelle: Wienerberger Versicherungs GmbH

Der Standard 12/97

sortiert nach Vers.Summe	Vers. Summe	Gewinn anteil**	Auszahlungs- summe	Effektive Verzinsung
Unser Angebot	533.181,-	684.225,-	1.217.406,-	7.02

Wir bieten auch in der Unfallversicherung ein Spitzenangebot!

Weitere Informationen

von Kollege zu Kollege:

RvI Ulreich Peter (Tel. 0663/087010)

oder im Büro:

Versicherungsbüro Bacher Dietmar

1160 Wien, Ottakringer Str. 113

Tel.: 489 01 63 oder 489 80 95

Fax: DW 4

P.b.b. Erscheinungsort: Wien
Verlagspostamt: 1010 Wien

Sondernummer 1/98

BLAULICHT

Das unabhängige Fachmagazin für die Exekutive Österreichs

Der Gewerkschaftsskandal

Rot/schwarze Gewerkschafter in Luxusbüros -
Wachzimmer sanierungsbedürftig

Pensionsreform:
Nicht überbietbare Polemik der FSG

ChefInsp. PAIL verurteilt

